

A n t r a g

der Fraktion der CDU

EntschlieÙung

**zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 7/9421 -
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes**

Respekt und Solidarität für unsere Landwirtschaft - Kürzungen des Bundes im Agrarsektor vollständig zurücknehmen und für spürbare Entlastungen sorgen

- I. Der Landtag stellt fest, dass mit dem Ersten Gesetz zur Änderung des Thüringer Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes spürbare Entlastungen für die Tierhalterinnen und Tierhalter in Thüringen erreicht werden können. Diese Unterstützung sendet ein wichtiges Signal an die Landwirtschaft, denn durch die Wiedereinführung der Kostenbeteiligung des Landes wird ein Beitrag zur Stärkung regionaler Strukturen und zur Stabilisierung der Tierhaltung in Thüringen geleistet.
- II. Der Landtag stellt fest, dass die Landwirtschaft angesichts multippler Krisen und sich verändernder gesellschaftlicher Ansprüche vor enormen Herausforderungen steht. Sie verliert durch die vom Bund geplanten Maßnahmen weiter massiv an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der europäischen sowie der weltweiten Agrarbranche. Preissteigerungen deutscher Agrarprodukte und die Verlagerung landwirtschaftlicher Produktion ins Ausland sind die Folge dieser fatalen Politik gegen die heimische Landwirtschaft, zum Schaden für die Wertschöpfung im Ländlichen Raum und selbst für das Klima.
- III. Der Landtag ist daher der Auffassung, dass zur Entlastung der Landwirtschaftsbetriebe und zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Betrieben in anderen Mitgliedsstaaten folgende vom Bund geplante Belastungen sofort zurückgenommen werden müssen:
 1. die perspektivische Streichung der Agrardieselvergütung,
 2. die Kürzungen der Bundesmittel in der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK),
 3. die Verringerung des Bundeszuschusses zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung.

IV. Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf, im Bundesrat

1. der Empfehlung des Ausschusses für Agrarpolitik und Verbraucherschutz zum Agrarpolitischen Bericht der Bundesregierung 2023 (TOP 34 der Sitzung des Bundesrates am 2. Februar 2024) in Drucksache 586/1/23 zuzustimmen und
2. den Antrag des Freistaats Bayern für eine EntschlieÙung des Bundesrates in Drucksache 42/24 mit dem Titel "Kürzungen des Bundes im Agrarsektor vollständig zurücknehmen und für spürbare Entlastungen sorgen" (TOP 49 der Sitzung des Bundesrates am 2. Februar 2024) zu unterstützen.

Begründung:

Nur wirtschaftlich stabile Landwirtschaftsbetriebe sind in der Lage, den aktuellen Herausforderungen wie dem Klimawandel, der Notwendigkeit eines verbesserten Ressourcen- und Biodiversitätsschutzes, von mehr Tierwohl und einem insgesamt nachhaltigeren Lebensmittelsystem gerecht zu werden und damit die vielfältigen Leistungen für Klima-, Natur- und Ressourcenschutz, für den Erhalt unserer Kulturlandschaft, für sauberes Wasser und für die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen heimischen, nachhaltig produzierten Lebensmitteln und Rohstoffen erbringen können.

Der Bund muss deshalb die geplante Streichung der Unterstützungsleistungen für die Landwirtschaft umgehend und vollständig rückgängig machen und die Rahmenbedingungen für den Agrarsektor maßgeblich verbessern. Deutschland braucht auch in Zukunft eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft vor Ort, die in unserer Heimat für gute, sichere und nachhaltig hergestellte Lebensmittel sorgt. Die mit dem Entwurf des Bundeshaushalts 2024 geplanten massiven Kürzungen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) müssen zurückgenommen werden. Sie hätten gravierende negative Auswirkungen auf die Entwicklung des Ländlichen Raumes in Thüringen.

Im Rahmen der Aktuellen Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU am 31. Januar 2024 zum Thema: "Respekt und Unterstützung für unsere Thüringer Landwirte und Spediteure - Bezahlbare Versorgung für Bürger und Wirtschaft sichern" (Drucksache 7/9394) haben die Redner der Fraktionen einschließlich der Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft unisono Unterstützung für die Landwirtschaft signalisiert. Konkrete Maßnahmen zur Unterstützung der berechtigten Anliegen der Landwirtschaft wurden insbesondere im Redebeitrag der Landesregierung vermisst.

Am morgigen Tag hat die Thüringer Landesregierung im Bundesrat bei den erwähnten Tagesordnungspunkten Gelegenheit, klar Position zu beziehen und Worten Taten folgen zu lassen. Dies wird umso mehr für erforderlich gehalten, als sie in diesem Jahr den Vorsitz in der Agrarministerkonferenz übernommen hat.

Für die Fraktion:

Bühl